

Der Standpunkt bestimmt die Perspektive Einen Bruch mit dem Kapitalismus gibt es nicht durch Regierungsbeteiligungen

Von Mischa Aschmoneit

Der CDU-Europaabgeordnete Hermann Winkler hat sich Anfang Oktober für Koalitionen mit der AfD ausgesprochen: »Wenn es eine bürgerliche Mehrheit gemeinsam mit der AfD gibt, sollten wir mit ihr koalieren. Sonst steuern wir auf eine linke Republik zu.« Die linke Republik ist die Hoffnung zahlreicher Linker mit und ohne Parteibuch - eine rot-rot-grüne Regierung in möglichst vielen Bundesländern und möglichst schon ab 2017 auf Bundesebene. Innerhalb von SPD, Grünen und Linkspartei ist die Frage einer gemeinsamen Regierung hochgradig umstritten.

Der außerparlamentarischen Linken und insbesondere ihren Strömungen, die auf den Bruch mit dem Kapitalismus orientieren, kann die Kontroverse innerhalb der Linkspartei um ihre Regierungsbeteiligung nicht egal sein. Sie muss von außen die Kräfte in der Linkspartei stützen, die gegen eine Regierungsbeteiligung auftreten.

SPD und Grüne sind bekanntlich Parteien, die nicht das Ziel der Überwindung des Kapitalismus haben - also bürgerliche Parteien. Die Linkspartei hätte gerne eine als modern empfundene Art des Sozialismus, glaubt jedoch mehrheitlich, diesen durch Reformen einführen zu können. Sie ist eine reformistische Partei mit zahlreichen aufrechten Revolutionär_innen in ihren Reihen. Eine Regierung aus diesen drei Parteien wäre folglich insgesamt keine linke Regierung.

Sie kann auch nicht von außen nach links gedrückt werden, da die außerparlamentarische Linke klein und schwach ist und die sozialen Kämpfe von der Kapitalseite dominiert werden. Die Arbeiterklasse ist fragmentiert und hat weitgehend kein Klassenbewusstsein, stattdessen überwiegen sozialdarwinistische, rassistische und nationalistische Ideologieversatzstücke. Der Aufstieg der AfD ist ein Ausdruck der nachlassenden Bindungskraft der bürgerlichen Parteien (und nachgeordnet der Linkspartei) sowie der Suche von relevanten Teilen der Bevölkerung nach reaktionären Auswegen aus der als krisenhaft empfundenen ökonomischen, politischen und sozialen Situation.

Zugleich zwingt der kapitalistische Konkurrenzdruck das Kapital zu anhaltendem Sozialraub samt Repression im Inneren und zur weiteren Expansion samt Aggression nach außen - der Kapitalismus in seinem Stadium der Monopolherausbildung kann eben nichts anderes sein als Imperialismus.

Unter diesen gegebenen Bedingungen gibt es drei Hauptaufgaben für die Menschen und Organisationen, die den Kapitalismus überwinden wollen: erstens die Teilhabe an solidarischen Alltagskämpfen und die Stärkung der emanzipatorischen Bewegungen - bei den Kämpfen in Betrieben, Stadtteilen und Universitäten ebenso wie etwa in der Zusammenarbeit mit Geflüchteten, bei Ende Gelände oder der Kurdistan-Solidaritätsarbeit; zweitens eine in die Breite gehende Theorie- und Aufklärungsarbeit über den Charakter des kapitalistischen Systems und die Notwendigkeit sowie Machbarkeit einer sozialistischen Alternative; drittens den Ausbau der eigenen Organisationen als Ort der Verstärkung von Theoriearbeit und intervenierender Praxis.

Eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei nützt nicht bei der Erledigung dieser Aufgaben, sondern schadet dabei vielfach: Innerhalb der Linkspartei verstärkt die Regierungsbeteiligung die vorhandenen bürokratischen und opportunistischen Tendenzen. Es besteht die Gefahr, dass Teile der außerparlamentarischen Linken angesichts offerierter Posten und materieller Möglichkeiten eingebunden werden. Außerdem droht das strategische Bündnis der außerparlamentarischen Linken mit der Linkspartei zu zerbrechen, wenn die Partei mitregiert und die Seite der Barrikade wechselt.

Die Wirkung der Regierungsbeteiligung auf den Rest der Gesellschaft ist verheerend. Die Linkspartei kann auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft und angesichts der Schwäche der außerparlamentarischen Bewegung nichts anderes tun, als einige wenige Wohltätigkeiten in Teilbereichen zu gewähren - wird aber gezwungen sein, den ökonomischen, sozialen, politischen und militärischen Kurs des deutschen Imperialismus nach außen und innen mit durchzusetzen und zu legitimieren. Hinzu kommt: Eine Regierungsbeteiligung wird die Wahrnehmung innerhalb weiter Teile der Ausgebeuteten und Ausgegrenzten verstärken, Linke seien Teil des Systems und hätten keine grundsätzliche Alternative zu bieten. Ein Nährboden für Enttäuschung, Apathie und die Bereitschaft, auf reaktionäre Problemlösungsangebote einzugehen.

Im Jahr 2015 zogen Michael Brie und Conny Hildebrand in einer Studie für die Rosa Luxemburg Stiftung das vernichtende Fazit: »Es ist jedoch keiner Linkspartei in Regierung bisher gelungen, einen grundlegenden Richtungswechsel der Politik hin zu einer gesellschaftlich getragenen sozial-ökologischen Transformation voranzutreiben.« Die Namensgeberin der Stiftung hatte das bereits 1899 analysiert und für die damals noch sozialistische europäische Sozialdemokratie geschlussfolgert: »In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer *oppositionellen Partei* vorgezeichnet, als *regierende* darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.« Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Mischa Aschmoneit ist aktiv in der Interventionistischen Linken Düsseldorf [see red!].

Bruchlinien nutzen

Rot-Rot-Grün bietet die Chance, die Grenzen des Möglichen auszuloten

Von Julia Dück

Angesichts der Erfahrungen mit der letzten Regierung unter Beteiligung der Linkspartei in Berlin können das Ergebnis der jüngsten Wahl zum Abgeordnetenhaus und die wahrscheinliche Koalition von Rot-Rot-Grün nicht euphorisch stimmen. Zu frisch sind die Erfahrungen vom Verkauf der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften oder dem Outsourcing von Tochtergesellschaften wie der Charité Facility Management. Zu ähnlich sind auch die Namen derjenigen, die jetzt als Abgeordnete ins Berliner Parlament einziehen und schon zwischen 2001 und 2011 die Regierungszeit verzockt haben. Und dennoch: Das Wahlergebnis kann uns nicht egal sein. Eine Haltung, die bekenntnishaft wiederholt, dass Wahlen und Parlamente (alleine) keine gesellschaftlichen Veränderungen bewirken werden und nur der Druck der Straße Umbrüche erzwingen kann, helfen nicht weiter. Klar, wir müssen weiterhin gesellschaftliche Proteste und Widerstand organisieren und auf transformatorische Brüche orientieren. Alleine auf Veränderungen durch Regierungspolitik zu vertrauen, führt nicht nur zu Katerstimmung am nächsten Morgen, sondern auch zu einer Schwächung der gesellschaftlichen (im Übrigen auch der parlamentarischen) Linken. Nur: Diese Wahrheit ist so richtig wie banal - sie stimmt nach *jeder* Wahl und *unabhängig* vom Ergebnis. Wir aber müssen mit der Tatsache einer rot-rot-grünen Regierung in Berlin umgehen.

Damit möchte ich nicht per se für eine rot-rot-grüne Koalition plädieren - und erst recht keinen entsprechenden Regierungswechsel auf Bundesebene beschwören. Das ist Teil einer eigenen Debatte, welche die Möglichkeiten für emanzipatorische Politik gegen die Grenzen der Austerität abwägen und auf dieser Grundlage die Chancen eines rot-rot-grünen Projekts beurteilen muss. Wir können den Regierungswechsel in Berlin aber auch nicht einfach ignorieren, sondern müssen aktiv nach den Chancen und Druckpunkten suchen, um unsere Forderungen durchzusetzen. Es gibt Interventionsmöglichkeiten in dreierlei Hinsicht: Wir sollten erstens Bewusstsein über die Verteilungsspielräume schaffen und diese möglichst ausreizen, zugleich zweitens die Grenzen dieser Möglichkeiten aufzeigen und drittens Formen der politischen Beteiligung (für außerparlamentarische Bewegungen) erweitern.

Während die rot-rote Regierung ab 2001 vor allem aufgrund des Berliner Bankenskandals mit enormen Haushaltsdefiziten belastet war, hat eine jetzige

Landesregierung angesichts der bestehenden Haushaltsüberschüsse tatsächliche Verteilungsspielräume. Die Legitimitätsgrundlage für Sparmaßnahmen ist also begrenzt, während der Druck, (soziale) Forderungen umzusetzen, wächst. Insbesondere für stadtpolitische Themen öffnen sich vor diesem Hintergrund Möglichkeitsfenster, denn das Thema Wohnraum war von der SPD über die Grünen bis zur LINKEN zentral im Wahlkampf und ist auch angesichts der vielfältigen stadtpolitischen Bewegungen präsent. Hier gilt es, die Koalitionsverhandlungen zu nutzen, in die fachpolitischen Arbeitsgruppen hineinzuwirken sowie die Forderungen auch *nach* den Verhandlungen auf die Agenda zu setzen. Für Letzteres könnten auch der Kongress von Basisinitiativen oder die ständige Anlaufstelle für außerparlamentarische Gruppen bei der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, wie sie beim Landesparteitag der LINKEN angeregt wurden, Bausteine sein, um den außerparlamentarischen Druck *direkt* an die regierenden Parteien weiterzugeben.

Gleichzeitig ist klar, dass die haushaltspolitischen Möglichkeiten zu klein sein werden, um allen Forderungen entsprechen zu können. Daher ist es notwendig, auch die strukturellen Grenzen für Länder und Kommunen in Zeiten der Austeritätspolitik (Stichwort Schuldenbremse) zu kritisieren. Im gemeinsamen Kampf für die vielfältigen Forderungen müssen die Spielräume ausgereizt, zugleich aber muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass die (alltäglichen) Verbesserungen auch auf Strategien des Bruchs angewiesen sind. Konkret bedeutet es, die Landespolitik dort in die Verantwortung zu nehmen, wo sie ihre Spielräume nutzen und soziale Verbesserungen umsetzen kann; und dennoch keine Illusionen zu schüren und damit den notwendigen außerparlamentarischen Druck aus den Augen zu verlieren.

Die Landespolitik in die Verantwortung zu nehmen, bringt jedoch mit sich, die eigenen Forderungen in »umsetzbarere Formen« zu pressen. Einerseits besteht die Gefahr, dass die Bewegungslinke dadurch politisch eingebunden wird. Andererseits könnten sich unsere Kampfmittel - als Kombination von Straße und Parlament - erweitern.

Letztlich bietet Rot-Rot-Grün in Berlin aber vor allem die Chance, sich nicht passiv in den Auseinandersetzungen zu verhalten, sondern Wissen aufzubauen über die Kräfteverhältnisse in den Parteien, die Handlungsspielräume von Land und Kommunen und das »Verwaltungssystem des Parlamentarismus«. Die Bruchlinien innerhalb der Parteien können damit genutzt werden, um die eigenen Forderungen umzusetzen, zugleich die bewegungsnahen Akteure innerhalb der Parteien zu stützen und die rot-rot-grüne Regierung als Ganzes unter Druck zu setzen.

Julia Dück ist aktiv in der Interventionistischen Linken Berlin.